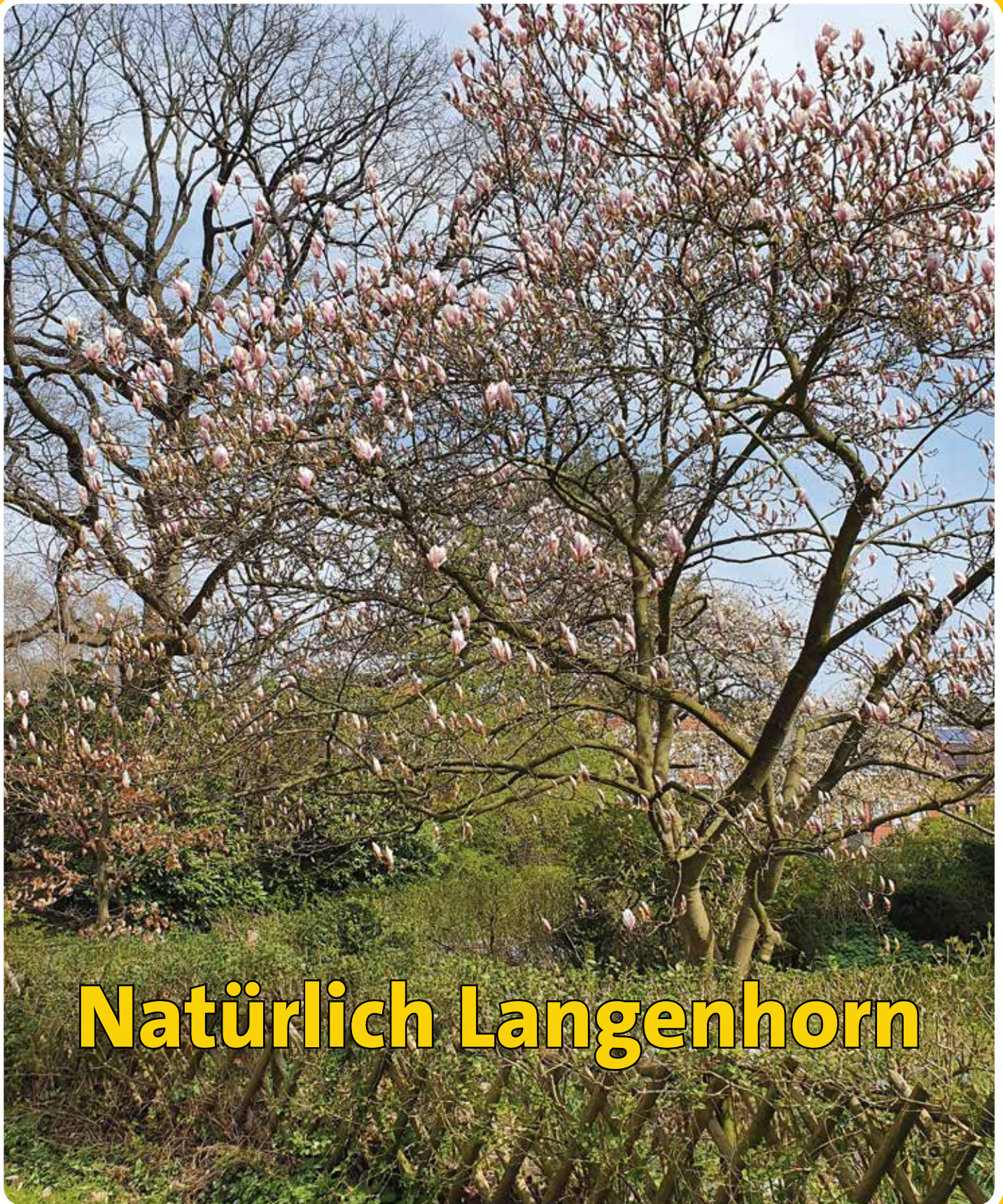


Langenhorner Rundschau

65. Jahrgang
Mai 2021



zusammen leben - zusammen halten - zusammen gestalten



Natürlich Langenhorn

Langenhorner Rundschau
Zeitschrift des
Langenhorner Bürger-
und Heimatverein e.V.



Inhalt

Die Langenhorner Rundschau erscheint monatlich zum Monatsbeginn. Sie wird an über 40 Stellen in Langenhorn zum kostenlosen Mitnehmen ausgelegt: in vielen Einzelhandelsgeschäften, Apotheken, Arztpraxen, Banken und in allen öffentlichen Gebäuden. Mitglieder erhalten die Zeitschrift per Post zugeschickt.

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Langenhorner Bürger- und Heimatverein e.V., Tangstedter Landstraße 41, 22415 Hamburg
www.langenhorner-heimatverein.de
info@langenhorner-heimatverein.de

Alles bis auf Druck und Anzeigenverwaltung wird bei der Langenhorner Rundschau ehrenamtlich gemacht. Die Redaktion: A. Rugbarth (als Vorsitzende), B. Buck, R. Ebert, M. Frickmann, T. Kegat, A. Kloebe, M.B. Münch, C.-D. Schmuck-Hinsch, A. Timm, P. Osinski DrPH.
redaktion@langenhorner-rundschau.de

Die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Autors, nicht die der Redaktion wieder. Alle Bildrechte - soweit nicht anders gekennzeichnet - beim Verlag. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages.

Verlag, Anzeigenverwaltung,
Herstellung: Syncrohost GmbH
Richard Ebert
22415 Hamburg, Scharnskamp 23f
Telefon 040- 5316380
verlag@langenhorner-rundschau.de

INHALT

Impressum	2
Editorial	3
Nachruf auf Karl Heinz Rüprich	3
Andrea Rugbart: Der Bürger- und Heimatverein in Zeiten von Coroa	4
Leserbriefe	5
Natur erhalten. Und trotzdem Wohnungen bauen	6-7
Online-Befragung der SPD zur TaLa - eine Auswertung	8-9
Hier klappert der Grünschnabel: Träume...	10-11
Sarahs Comic	11
Den Wohnungsbau in seinem Wahn ... Eine Analyse von Petra Osinski DrPh	12 - 14
Die Bürgerinitiative „Rettet das Diekmoor“ informiert	15



Editorial

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

es ist wieder einmal Zeit für eine Klarstellung.

In einem Leserbrief (Seite 5) heisst es: „Mit welcher Arroganz glaubt die Redaktion in ihrer Ausgabe für alle Mitglieder und Langenhornerinnen und Langenhorner zu sprechen, wenn sie undifferenziert für den Erhalt der am Diekmoor liegenden Kleingärten und Flächen eintritt“.

Nun hilft es ja bekanntlich sehr, wenn man nicht nur lesen, sondern auch verstehen kann (oder will)? Als Nachhilfe: Wenn über einem Artikel steht „Der Vorstand des Bürger und Heimatvereins macht sich stark für ein grünes Langenhorn“ dann steht zu vermuten, dass nicht „die Redaktion“, sondern besagter Vorstand eine Meinung hat und vertritt. Und das tut er mit einem guten, breiten Mandat. Zum einen natürlich, weil er von den Mitgliedern dafür gewählt worden ist, eine Haltung pro Langenhorn zu haben und diese engagiert zu vertreten. Zum anderen, weil der Verein im Jahr 2019, als dies noch möglich war, fünf öffentliche und sehr gut besuchte „Zukunftskonferenzen“ veranstaltet hat. Dort haben die Langenhornerinnen und Langenhorner selbst erarbeitet, wie sich ihr Stadtteil langfristig entwickeln sollte. Darüber wurde ausführlich in den Medien berichtet. Und natürlich auch in der Langenhorner Rundschau. Sogar in dieser Ausgabe werden (auf Seite 13) im Beitrag „Den Wohnungsbau in seinem Wahn...“ die zentralen Leitgedanken, die damals entstanden, zitiert.

Mit Verlaub: Es ist also weder arrogant noch undifferenziert, was der Vorstand des Bürger- und Heimatvereins in der letzten Ausgabe verlauten liess. Sondern seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit: Für das einzutreten, was nicht nur die Mitglieder in mehreren Versammlungen beschlossen haben, sondern was in einem breiten öffentlichen Diskurs von Langenhornerinnen und Langenhornern als das Beste für ihren Stadtteil aufgeschrieben wurde. Genau das ist seit über 100 Jahren der Hauptgrund, weshalb es diesen Verein gibt: Den Menschen, die im Stadtteil leben, eine Stimme zu geben. Und zwar jenseits von jedem Parteigecklüngel. Und jenseits aller wirtschaftlichen Interessen. Der Verein hat ein Organ, eine Stimme für Langenhorn: Diese Stimme heisst heute „Langenhorner Rundschau“.

Mit herzlichen Grüßen aus der Redaktion.

Ihr



Richard Ebert

Der Langenhorner Bürger- und Heimatverein
trauert um

Karl Heinz Rüprich

der am 16.3.2021 im Alter von 90 Jahren verstorben ist.



Er hat viele Jahre aktiv bei uns mitgearbeitet und über 20 Jahre lang regelmäßig Artikel für die Langenhorner Rundschau verfasst, von denen unzählige veröffentlicht wurden. Auch nachdem er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv mitarbeiten konnte, hat er sich dem Bürger- und Heimatverein und der Langenhorner Rundschau eng verbunden gefühlt und sich weiterhin viel mit ihren Themen und Anliegen beschäftigt.

Auch über den Bürgerverein hinaus dürften ihn viele Langenhorner kennen, denn bei Gesprächsrunden zu kommunalpolitischen Fragestellungen war er oft bis ins hohe Alter hinein präsent und beteiligte sich interessiert und immer aufgeschlossen.

Karl Heinz Rüprich wird in unserer Erinnerung noch lange weiterleben. Auch zukünftige Generationen werden sich anhand seiner abgedruckten Artikel noch an seiner humorvollen Art, verknüpft mit kommunalpolitischem Weitblick, erfreuen können.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden.

*Mitglieder und Vorstand des Langenhorner Bürger- und Heimatverein e.V.
Andrea Rugbarth, Vorsitzende*



Rosen-Kröger seit 1928
Garten- und Landschaftsbau
Tel: 040 - 531 32 15

Leserbriefe



Im Heft 4/2021 berichteten wir über das Bestreben der Bezirksverwaltung, eine umfassende und wirksame Bürgerbeteiligung beim Bau von 700 Wohnungen auf einer der letzten Grünflächen zu umgehen. Auch die Absicht, das Landschaftsschutzgebiet Diekmoor für Wohnungsbau zu schleifen wurde kritisiert. Zu den Berichten und Kommentaren gingen uns zahlreiche Leserbriefe zu. Wir können aus Platzgründen

nur einige wenige davon gekürzt und in Auszügen wiedergeben. Dafür bitten wir um Verständnis.

Unser Mitglied Klaus-Peter Hesse, ehem. Bürgerschafts-abgeordneter, ehem. Sprecher der Geschäftsführung eines Spitzenverbandes der Immobilienwirtschaft, schreibt:

„Es gibt Zeiten da wünsche ich mir mehr Differenzierung, Meinungsvielfalt, politische Ausgewogenheit und Toleranz. Die Langenhorner Rundschau 04/21 ist so ein Fall, der mich als langjähriger Langenhorner Ex-Bürgerschafts-abgeordneter mit einer noch langjährigere Mitgliedschaft im Bürger- und Heimatverein genau über diese nachdenken lässt. Mit welcher Arroganz glaubt die Redaktion in ihrer Ausgabe für alle Mitglieder und Langenhornerinnen und Langenhorner zu sprechen, wenn sie undifferenziert für den Erhalt der am Diekmoor liegenden Kleingärten und Flächen eintritt.“

Ich würde mir wünschen, dass wir zu Beginn eines Prozesses ins Gespräch kommen und ausloten, was zum Erhalt möglichst vieler Grünflächen und für eine gesunde Durchmischung auch am Diekmoor getan werden kann. Ich glaube auch, dass die vorgestellten Ideen noch nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Ich frage mich zum Beispiel, ob der hohe Anteil öffentlich geförderter Wohnungen für den Stadtteil vorteilhaft ist. Hierüber lese ich gar nichts! Aus meiner politischen und beruflichen Tätigkeit weiß ich, wie viel Kompromiss möglich und manchmal auch nötig ist. Ich würde mich über einen konstruktiven Dialog sehr freuen und stehe hierfür auch persönlich gerne zur Verfügung. Aber bitte ohne pauschale Diskreditierung. Das steht der Langenhorner Rundschau schlecht zu Gesicht!

Klaus-Peter Hesse

Mitglied und ehemaliger Bürgerschafts-abgeordneter

Unser Mitglied Hiltraud Kloebe schreibt:

Sehr geehrte Redaktion, wieder wird ein Landschaftsschutzgebiet/Außenbereich/Frischluftareal umgewidmet, bebaut, zubetoniert. Und das mit rotgrüner politischer Zustimmung von Bezirk und Senat. Analog zur Hummelsbüttler Feldmark mit erster Bebauung von Flüchtlingswohnungen und damit als Einfallstor für weitere Bebauung. Ebenfalls ein Landschaftsschutzgebiet,

Außenbereich und zusätzlich eine der Frischluftachsen für dicht bebaute städtische Bereiche. Spielt offensichtlich alles keine Rolle, wenn der Zweck die Mittel heiligt. Und immer gibt es die üblichen moralisierenden Begründungen / Totschlagargumente der Politik und anderer am Bau interessierter Kreise gegenüber Protesten für ein solches Vorgehen. Warum denkt man nicht über Alternativen innerhalb Hamburgs nach bzw. metropolübergreifend statt immer mehr Grünflächen zu bebauen und zu versiegeln? Vorschläge dazu gibt es.

Für das Projekt Diekmoor wurde Bürgermitbestimmung durch den grünen Bezirksamtsleiter ausgehebelt. Das ist undemokratisch und fördert die Politikverdrossenheit. Die ständigen politischen Entscheidungen ohne die Belange der Bürger und vernünftige Argumente zu beachten oder andere Fehlentwicklungen erschüttern einmal mehr das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Verlässlichkeit von politischen Beteiligungen. Wer steht für diese Baumania und Trickserien im Bezirk Nord? Die Grünen und die SPD.

So geht es nicht weiter in Langenhorn. Und schon gar nicht mit einer rotgrünen Politik, die ideologisch, undemokratisch und bisher leider nicht kompromißbereit ist nach den letzten Erfahrungen. Wie sich das in Langenhorn darstellt, können die Bürger am Beispiel der Weisungsanforderung von Herrn Werner-Boelz und seiner Unterstützer für die Bebauung des Diekmoores und auch an dem geplanten Ausbau der Tangstedter Landstraße erkennen.

Ich protestiere nachdrücklich gegen diese Art der Bevormundung und Übergehung legitimer Rechte der Bürger vorort und fordere die gesamte Politik auf, solchen Tendenzen gegenzusteuern.

Mit freundlichem Gruß

Hille Kloebe

Leser Roderich Weyer schreibt:

In der neuesten Ausgabe degeneriert das Blatt in Stil und „Kritik“ zu einem Käseblatt, das sogar noch unterhalb des Niveaus der größten deutschen Boulevard-Zeitung liegt.

Beiden angesprochenen Gruppen (roten und grünen) wird reichlich nassforsch undemokratisches Verhalten unterstellt. Das finde ich frech und anmaßend. Sie sind in einem ordentlichen Verfahren gewählt und demokratisch legitimiert - anders übrigens als die Schreiberlinge in der „Langenhorner Rundschau“. Zu einem ehemaligen Langenhorner Bundestags-abgeordneten wird gesagt: „hätte ich an der Stelle ein klares Bekenntnis zu Langenhorner Interessen erwartet“. Vielleicht hat er ja genau das im Sinn gehabt! Kann doch sein, dass er lediglich eine andere Vorstellung von „Langenhorner Interessen“ hat.

Diese Ausgabe der „Langenhorner Rundschau“ unterschreitet deutlich ein akzeptables Niveau.

Roderich Weyer

Natur erhalten. Und trotzdem Wohnungen bauen.

Besonders in Zeiten einer Pandemie kommen viele Menschen zum Nachdenken: Ist das denn alles so richtig, was wir Jahr für Jahr tun? Viele alte „Wahrheiten“ werden hinterfragt. Und beim genauen Hinsehen zeigt sich, dass in vielen Fällen aus „Wahrheiten“ nur noch Schablonen geworden sind, die zwar das Nachdenken ersparen, aber den Blick auf geänderte Rahmenbedingungen verstellen. So steht gegen die Parole des Ole von Beust einer „wachsenden Stadt“ die inzwischen nachzählbare Realität: Es ziehen wieder mehr Menschen aufs Land als in die Stadt hinein. Die dicht bebaute Stadt verliert an Attraktivität. Die Innenstadt wird mehr und mehr verwaisten – bedingt durch Schließungen vieler Geschäfte und Unternehmen. Längst hat sich in vielen Arbeitsbereichen durchgesetzt, im Homeoffice zu arbeiten. Dieses wird auf Kurz oder Lang zu einem großen Büro-Leerstand führen. Bei genauem Hinsehen erweist sich die oft berufene „Wohnungsnot“ als Folge von

Fehlbelegungen (wenige Menschen hängen z.B. sehr oft in viel zu großen Wohnungen fest), als Folge von selbst erzeugter Nachfrage (wer Sozialwohnungen entmietet, schafft damit Nachfrage nach günstigem Wohnraum) und vielen anderen Details. Nur eines stimmt eben nicht mehr: Es strömen keinesfalls immer mehr Menschen nach Hamburg. Und erst recht nicht muss die Stadt für jeden eine Wohnung bereitstellen: Hamburg hat begrenzten Raum! Die von der Hamburger SPD und neuerdings auch von den Grünen vertretene Maxime „wir müssen bauen, bauen, bauen“ erweist sich als aus der Zeit gefallen: Das war einmal so. Ist es aber nicht länger. In diesem Heft befassen wir uns von mehreren Seiten mit diesem Thema. Dipl.-Ing. Andrea Rugbarth, eine Frau vom (Bau-) Fach, beleuchtet Hintergründe. Und Dr. PH Petra Osinski hat sich in die Statistiken vertieft und erhellendes zusammengetragen (auf den Seiten 12-14).

Andrea Rugbarth

Soviel Mühe sollte Langenhorn uns wert sein!

Nach einer Schätzung der UN werden bis zum Jahr 2050 ungefähr 70% der Weltbevölkerung in Städten leben. Bedeutet das nun unbedingt, dass wir in den Metropolen jeden Quadratmeter Grünland für Wohnungsbau opfern müssen?

Nein, es gibt Alternativen. Politische und bautechnische.

Fangen wir bei den politischen Initiativen an und schauen nach Wien. Dort haben die österreichischen Sozialdemokraten schon seit Jahrzehnten auf den öffentlich subventionierten Wohnungsbau gesetzt, mit Erfolg, denn 62% der Wiener leben in städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen und geben durchschnittlich weniger als 27% ihres Einkommens für die Wohnung aus. Zum Vergleich: In Hamburg stagniert der Bestand an städtisch geförderten Wohnungen seit Jahren um die 10% und es ist daher keine Seltenheit, dass auf dem übrigen freien Wohnungsmarkt oftmals mehr als die Hälfte des Einkommens für das Wohnen ausgegeben werden muss. Was sagt uns das? Langfristig hilft neben einer aktiven Wohnungsbaupolitik nur eine ebenfalls aktive Bodenpolitik. Hamburg muss vermehrt von seinem Vorkaufrecht Gebrauch machen und Liegenschaften zurückkaufen, um in der bereits versiegelten Fläche mehr subventionierten Wohnungsbau durch stadteigene Baugesellschaften zu ermöglichen und damit Grünland zu schonen.

Schauen wir weiter nach Deutschland. Studien zufolge ist die Wohnfläche pro Person in den letzten Jahren unaufhörlich gestiegen. Einer der Auslöser hierfür ist, dass Senioren nach dem Auszug der Kinder in den eigentlich für sie zu großen Familienwohnungen verbleiben, weil sie auf dem freien Markt keine günstigen kleineren Wohnungen finden. Eine politische Initiative muss also sein, Bestandswohnungen aufzukaufen, seniorengerecht in kleinere Wohnungen umzubauen und günstig an diese zu vermieten, wir gewinnen damit Wohnraum für Familien. Mit jedem Quadratmeter, den wir nicht neu bauen müssen, schonen wir Grünland.

Weitere Möglichkeiten in Hamburg liegen in der aktiven

Nutzung von Baulücken und von zu gering bebauten Grundstücken, auf denen mindestens ein weiteres Wohngebäude errichtet werden könnte. Zugegeben, nach solchen Reserven zu suchen ist anstrengender als mit einem Paukenschlag 700 Wohneinheiten zu planen – aber der Schutz unseres Grünlandes sollte uns diese Anstrengung wert sein. Und gerade in zentralen Lagen ist die Möglichkeit gegeben, auch etwas höher zu bauen und damit mehr Wohneinheiten zu ermöglichen. Und mit höher meine ich noch nicht einmal Hochhäuser, sondern eine moderate Höhe von 5 oder 6 Geschossen in zentralen Lagen. Beispiele rund um den Langenhorner Markt wurden bereits im letzten Heft der Rundschau genannt.

Wie geht man eigentlich mit dem Potential an zweckentfremdeten Wohnungen um? Gerade in Großstädten werden private Wohnungen immer wieder komplett und dauerhaft an Touristen vermietet. Für die Eigentümer ein lukratives, obwohl illegales Geschäft. In Hamburg wird dabei nicht nur an gewöhnlichen Touristen verdient, sondern insbesondere rund um das UKE und die anderen begehrten Kliniken boomt nach wie vor der Medizin-Tourismus, trotz Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz. Aus dem arabischen Raum kommen beispielsweise Patienten, um sich im UKE medizinisch versorgen zu lassen. Gewohnt wird während des Klinikaufenthaltes lieber in Wohnungen als im Hotel, weil die Patienten üblicherweise mit ihren Familien kommen. Bei einer Dunkelziffer von hamburgweit 1.000 WE würde es sich lohnen, genauer hinzuschauen.

Kommen wir zu den baulichen Möglichkeiten. Sie meinen, Binnenverdichtung sei nur möglich mit höheren Gebäuden? So ganz unrecht haben Sie nicht, aber das sollte man nur in zentralen Lagen an Hauptstraßen und U- und S-Bahnlinien zulassen. Darüber hinaus gibt es aber noch viele weitere Möglichkeiten. Durch die neue Nutzung früherer Gewerbebauten, Lagerhäuser etc. für die Umwandlung in Wohnraum könnten „zusätzliche Potentiale bei der Schaffung des dringend benötigten neuen Wohnraums erschlossen werden“, stellt die

Investitionsbank Berlin (IBB) in ihrem jüngsten Wohnungsmarktbericht fest. Solche Objekte finden sich beim genauen Hinschauen auch in Langenhorn!

Wer sagt denn, dass man in zentralen Lagen nur Bürobauten errichten sollte? Davon haben wir schon genügend, der Leerstand in reinen Bürogebäuden beweist es. Gerade die räumliche Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten schafft doch neue Probleme – Wohnen wird in die Randbereiche verlagert, die tagsüber weitgehend funktionslos bleiben – die Funktion Arbeiten hingegen wird eher auf kernstädtische Bereiche konzentriert, die dafür nachts völlig verwaist sind – durch die damit verbundenen, konstant erforderlichen Pendlerverkehre entstehen zusätzliche Infrastrukturprobleme, die mitgedacht werden müssen. Durch die Zusammenlegung von Wohnen und Arbeiten könnten indessen ganz neue Stadtviertel der „kurzen Wege“ entstehen – die City-Nord hätte hier noch großes ungenutztes Potential. Die weit über Berlin hinaus bekannten Hackeschen Höfe zeigen, wie sich Wohnen und Gewerbe miteinander vertragen können. In den neunziger Jahren wurde das Gründerzeit-Ensemble mit acht Hinterhöfen saniert. Heute finden sich dort Modegeschäfte, Kunsthandwerker, Galerien, Architekturbüros, Programm kino, Theater, Café und Restaurant, aber eben auch zahlreiche Wohnungen. Das Sanierungsprojekt hatte einen Vorteil: Schon beim Bau 1906 war die Anlage als Mischung aus Gewerbe- und Wohnhäusern konzipiert.

Oder denken sie an das Langenhorner Gewerbegebiet Oehleckerling - dem Diekmoor benachbart. Es ist teilweise mit eingeschossigen Gebäuden bebaut. Üblicherweise sind in Gewerbegebieten keine Wohnbauten zulässig – aber was spricht dagegen, diese Gebiete dahingehend aufzuwerten, dass man die Gewerbegebäude zu sogenannten Gewerbehöfen aufstockt und damit andernorts Gewerbeflächen für Wohnbebauung freigibt? Oder einen Teil der Gewerbegebiete als Mischnutzung zulässt und in den oberen Geschossen Wohnbebauung ermöglicht? Die örtlichen Verwaltungen sperren sich (noch) dagegen. Doch das (CSU-geführte) Bundesbauministerium plant, den neuen Baugebietstypen „Urbanes Gebiet“ einzuführen. Das würde dichteres Bauen ermöglichen mit Mischung von Wohnen und Gewerbe. „Dabei bedeutet Verdichtung nicht, dass die Lebensqualität darunter leidet“, heisst es von dort mit Hinweis auf Städte wie Wien und Paris.

Weiteres Flächenpotenzial ergibt sich bei den Verkehrsanlagen. Man kann sie überbauen – so wie aktuell der Deckel über die A7 gebaut wird. Viele andere Metropolen machen es vor – Straßen und Bahngleise mitten durch oder unter Wohngebäuden, so wie in Berlin, Köln, oder beispielsweise in Osaka. Das lohnt sich erfahrungsgemäß dort, wo man Hochhäuser bauen kann, denn die Gründung ist kostenintensiv. Aber auch das sollte uns der Erhalt von Landschaftsschutzgebiete-

ten wert sein. Solch sicherlich kompliziertere Wohnraumverdichtung kostet Geld, aber sie lohnt sich für Investoren, weil die Zinsen derzeit niedrig und die Wohnungspreise hoch sind. Oder wie wäre es, die vorhandenen Straßen einfach unter die Erde zu legen? **Stellen Sie sich vor, der Ring 3 würde im Bereich des Langenhorner Marktes unter der Straße verlaufen – oberhalb könnte endlich ein Stadtzentrum entstehen, welches den Namen Zentrum verdient...**

Schauen wir auch auf unsere Bestandsbauten – der überwiegende Teil an neuen Wohnungen lässt sich schon jetzt im Siedlungsbestand verwirklichen - dazu bedarf es nur wenige Beschlüsse. Noch viele Dachgeschosse warten darauf, endlich ausgebaut werden zu dürfen. Und nicht nur das – viele Häuser in Langenhorn könnte man locker um ein, zwei oder sogar mehr Geschosse aufstocken. Glauben Sie nicht? Denken Sie doch nur an den Lidl am Krohnstieg. Den könnte man samt Parkplatz überbauen. Im Erdgeschoss Verkaufsräume + Parkplätze, oben 3, 4 oder 5 Geschosse Wohnungen, auf der Fläche wären locker 150 WE möglich. Man muss nur wollen und die üblicherweise monofunktionale Nutzung von solchen Flächen aufheben und neu denken. Da die baulichen Maßnahmen für solche Arten von Umgestaltung etwas teurer sind, könnte die Stadt Förderanreize bieten. Und wieder wäre Grünland dabei geschont, denn solche Flächen sind ja bereits versiegelt.

Sicher ist, wir brauchen mehr als grüne Symbolpolitik mit Schriftzügen auf der Mönkebergstraße für einen Stopp des Klimawandels. „Friday's for future“ muss durch aktive Politik gelebt werden, und das schließt jegliche weitere Vernichtung von Grünflächen aus.

Denn so gut auch diverse Programme, wie z.B. die Förderung von Dachbegrünung gedacht sein mögen - ja, im Zusammenspiel mit Fassadenbegrünung hat das sogar einen tollen Effekt für die Sauerstoffproduktion innerhalb der Stadt und für die Kühlung. Nicht zu vergessen, für Insekten, die eine Heimstatt finden und damit wiederum die Ernährungsgrundlage für viele Vögel, darunter auch geschützte Arten bilden. Allerdings die Rehe, Häschen, Füchse, Maulwürfe, kurzum alles was auf vier Pfoten unterwegs ist und ebenso wenig die Reptilien – die kann man nicht aufs Dach beamen, ihr Lebensraum geht mit der Vernichtung von Grünflächen unwiederbringlich verloren.

Sie sehen – Stadtplanung und Stadtentwicklung ist mehr als die Planung von neuen Gebäuden auf der grünen Wiese, es ist das Zusammendenken von Bautätigkeit, Natur, Infrastruktur, Wirtschaft und den sozialen Fragen unserer Zeit. Und da müssen wir bereit sein nach Alternativen zu suchen. Statt Landschaftsschutzgebiete zu „überplanen“ und dann zu versiegeln. Das ist Stadtentwicklung von gestern! Etwas mehr Mühe sollte uns Hamburg- und erst recht Langenhorn - schon noch Wert sein.



Hier klappert der Grünschnabel: Träume

Liebe Langenhornerinnen und Langenhorner.

I have a dream*, dass ich demnächst geimpft werde und dann den Enkelkindern im fernen Schleswig-Holstein ihre Weihnachts- und Ostergeschenke endlich persönlich übergeben kann. Außerdem können dann die verschiedenen Feste und Jubiläen nachgeholt werden – natürlich im Garten mit Temperaturmessung, Desinfektionsmittel, Masken und Abstand...

I have a dream, dass die Redaktionssitzungen für die Langenhorner Rundschau dann wieder persönlich zusammensitzend stattfinden können und durch Gedanken zuwerfen weiterhin wieder inhaltvolle Ausgaben entstehen. Außerdem hoffe ich, dass ich in Vereinen sowie kirchlichen und politischen Kreisen wieder persönlich Anteil nehmen kann, weil man dann Aug in Aug gegenüber sitzt.

I have a dream, dass in Langenhorn mit dem Frühlingsanfang das kulturelle Leben wiederaufkeimt und Musiker, Chöre und Einzeldarbieter sonnabends um 11 Uhr auf der 2. Treppe vor Kaufland auftreten und Kunstimpressionen und Freude verbreiten. Wer wäre als ehrenamtlicher Eventorganisator zur Koordination bereit?

I have a dream, dass die bald 50.000 Einwohner in Lan-



genhorn ein Bürger- und Kulturzentrum erhalten, das richtig zentral gelegen, barrierefrei und groß nutzbar ist. Es sollte in einem wirtschaftlichen Zentrum liegen, dann kann es auch kulturelle und gesellschaftliche Impulse geben. Vielfältige Angebote zur Freizeitgestaltung entwickeln eine Sogwirkung. „Dort wo Menschen wohnen, Freizeit verbringen und Handel stattfindet, ist es lebendig.“

I have a dream, dass die zusammenhängenden Landschaftsschutzgebiete in Langenhorn erhalten bleiben. Unsere Altvorderen haben bewußt diesen Schutz gewählt und damit Langenhorn einen durchgängig grünen Charakter gegeben. Auch Insekten, Vögel, Pflanzen, Rehe und andere Wildtiere, die hier heimisch sind, sollen ihren Lebens- und Rückzugsraum behalten.

I have a dream, dass die Einzelhandelsgeschäfte wieder florieren und nicht durch den Onlinehandel platt gemacht werden. Es sollte wieder Lust aufs Langenhorner „Dorf“ geben und eine Auswahl bieten, die Shoppinglaune und Lust auf Treffen und Gespräche mit Nachbarn entwickeln.

I have a dream, dass weiterhin Einzelhäuser gebaut werden können und nicht Großbauten den Stadtrandcharakter Langenhorns prägen. Gebietswahrende Wohnungsverdichtung soll das Ziel sein. Siedlungen mit Garten und Kleingärten sind das Langenhorner Gesicht.

I have a dream, dass in Langenhorn nur sichere Radwege gebaut werden, durch Kantsteine von der Fahrbahn getrennt - wie uns vor Jahren versprochen wurde. Unsichere Radwege müssen zurückgebaut werden.

I have a dream dass ein Parkverbot für Fahrräder auf Gehwegen in Eppendorf, südliches Alsterdorf... durchgesetzt



Bild oben: „So sehen unsere Einzelhäuser aus?“

Bild links: „Kulturterrasse“

wird. Manche Straßenzüge sind für Fußgänger nahezu unpassierbar (Lastenfahräder), obwohl Vorgartenflächen vorhanden sind. „Niemand hat einen Anspruch auf einen kostenfreien Parkplatz im öffentlichen Raum.“ Ungleiches Recht für alle?

I have a dream, dass die Vorschriftenwut der Verwaltung beendet wird. Zwangsbeglückung durch Pochen auf Vorschriften muß beendet werden. Wenn es aber den Bezirk oder den Senat trifft (z.B. Bebauungspläne oder Landschaftsschutzgebiete), werden die Vorschriften nach Gutsherrnart verbogen. Mit welchem Recht? „Der Staat ist ein Dienstleister für seine Bürger und sollte versuchen, seine Aufgaben effizient und sorgfältig zu erfüllen.“

I have a dream, dass das Recht auf Bildung so gelebt wird, dass alle gleiche Chancen haben aber nicht alle auf ein gleiches niedriges Niveau gestutzt werden.

I have a dream, dass es in der Politik nicht um Triumph und Demütigung des/der Kontrahenten, sondern um die Lösung von Problemen oder Wege zur Zielerreichung zum Wohle der gesamten Bevölkerung geht.

I have a dream, dass die Bundesregierung keine U-Boote oder Flugzeugträger bauen lässt, sondern mit Hubschrauberträger zum Einsatz in Katastrophengebieten und zur tätigen Versorgung mit sauberem Wasser und Strom und zur selbstversorgenden Landwirtschaft in der Welt beiträgt.

„Bildung, Wohlstand und Freiheit sind die einzigen Garantien für eine dauerhafte Volksgesundheit“ (Rudolf Virchow)

Euer Grünschnabel



*I Have a Dream (dt. „Ich habe einen Traum“) ist der Titel einer berühmten Rede von Martin Luther King, die er am 28. August 1963 beim Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit vor mehr als 250.000 Menschen vor dem Lincoln Memorial in Washington, D.C. hielt.

Von lauschig bis luxuriös:
Mit uns landen Sie einen
schnellen Verkaufserfolg!

Shop Langenhorn
Tel. 040-238 459 44 · Norderstedt@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/norderstedt · Immobilienmakler

ENGEL & VÖLKERS

Linden-Apotheke
Sigrid Schuhmann e.K.
Krohnstieg 41 - 22415 Hamburg
Telefon 532 24 24

Saraha's Comic



Den Wohnungsbau in seinem Wahn ...

Ein Beitrag zur Debatte um die Entwicklung des Diekmoor von Petra Osinski DrPH

Der in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und des Bezirksamts Hamburg-Nord mitgeteilte¹ und anschließend von der Verwaltung im Stadtentwicklungsausschuss Hamburg-Nord vom 25. März vorgestellte geplante Geschosswohnungsbau von 700 Wohneinheiten im Landschaftsschutzgebiet Diekmoor stößt in Langenhorn auf breit getragene Ablehnung.²

Gründe dafür gibt es mehr als genug:

1. In Zeiten der klimawandelbedingten Erderhitzung—Analysen der NASA zufolge war das Jahr 2020 das bislang wärmste seit Beginn der Messungen, mit einer bereits erzielten weltweiten Erhitzung um 2 Grad C—verbietet sich eine weitere Versiegelung und hochgeschossige Wohnbebauung in einer von Hamburgs Frischluftschneisen ganz von selbst.
2. Als reines Geschosswohnungsbauvorhaben sind die von der Verwaltung vorgestellten Pläne aus der Zeit gefallen; Stadtplanungsfehlentscheidungen, die Teile von Langenhorn zu Ansammlungen von Geschosswohnanlagen ohne Anspruch auf Aufenthaltsqualität im Quartier gemacht haben, würden noch weiter verfestigt..
3. Ein „Bündnis für das Wohnen 2021-2025“, das in Hamburg auch weiterhin die jährliche Errichtung von 10.000 Wohneinheiten festschreiben würde, ist nicht in Sicht. Zudem hat sich seit 2015 das von Wanderungsgewinnen resultierende Bevölkerungswachstum in Hamburg insgesamt und besonders im Bezirk Hamburg-Nord stark vermindert. Ob die in den Raum gestellte „stadtweite Bedeutung“ der Errichtung von 700 Wohneinheiten in Langenhorn, mit Baubeginn erst gegen Ende der 22. Legislaturperiode, einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würde, ist somit fraglich
4. Die von der Verwaltung vorgestellten feigenblattartigen Konzepte für eine nur begleitende Bürgerbeteiligung im Planungsverfahren - und diese erst nach Erstellung der Grundlagenermittlung und lediglich durch eine im Auftrag der Verwaltung nach dem Zufallsverfahren ausgewählte Personengruppe - widersprechen dem demokratischen Prinzip der Beteiligung der von Entscheidungsprozessen der Exekutive direkt Betroffenen.

Kein Geschosswohnungsbau im Landschaftsschutzgebiet Diekmoor!

Lt. aktueller Grün/Roter Koalitionsvereinbarung für Hamburg-Nord sind „die Koalitionspartner*innen .. sich einig,

¹ <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/14903666/2021-02-16-bsw-700-neue-wohnungen-in-langenhorn/>

² dazu die Präsentation des Fachamts für Stadt- und Landschaftsplanung Hamburg-Nord https://sitzungsdienst-hamburg-nord.hamburg.de/bi/_tmp/tmp/45081036295223925/295223925/01259568/68-Anlagen/01/21-03-25-demsm-Entwicklung_LA_Diekmoor_Steka.pdf

dass Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Klimawandels auch auf bezirklicher Ebene notwendig sind.“ Dazu soll ein bezirkliches Klimaschutzkonzept umgesetzt werden. Allerdings verweist das als Auftragswerk entstandene bezirkliche Klimaschutzkonzept lediglich auf die bereits von den Städtebauern des letzten Jahrhunderts berücksichtigten Wirkung der städtischen Bebauungs- und Grünstrukturen auf die Durchlüftung der Quartiere und somit das Stadtklima, aber versäumt es, Grünerhalt einzufordern.

Klare Worte zur Beendigung der Hamburger „Bauwut“ findet hingegen der BUND Landesverband Hamburg.³ Lt. BUND darf ein angespannter Wohnungsmarkt kein Freibrief für das Bauen um jeden Preis sein. Nachhaltige Stadtentwicklung, Klimakrise und Artensterben fordern gerade



Die Karte zeigt den aktuellen Stand des Landschaftsschutzes. die grün gepunkteten flächen stehen unter Landschaftsschutz. Einzelne Biotop, Pflanzen und Tiere sind gesondert geschützt. Quelle: <https://www.hamburg.de/schutzgebiete/karte/>

beim Wohnungsbau einen Kurswechsel zu „Netto-Null-Flächenverbrauch“. So müsse für jeden neu bebauten Hektar Fläche ein Hektar entsiegelt werden. Wo dies nicht möglich ist, müssen für die Schaffung von neuem Wohnraum Gebäudeaufstockungen, Umnutzungen und neue, mehrgeschossige Gebäudetypologien an den Magistralen viel stärker in den Fokus genommen werden.

Lt. der Fachamtspräsentation wird der im Diekmoor vorgesehene Geschosswohnungsbau von 700 Wohneinheiten auf einer „Suchfläche“ von 16 ha naturschutzrechtlich eine Ausgleichsfläche von 8 ha. erfordern. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass dies im Hamburger Stadtgebiet—z.B. durch Entsiegelung und Neubegrünung—nicht zu verwirklichen sein wird. Warum sonst würde als Ausgleich für die umfangreichen Fällungen von großkronigen Bäumen für den

³ <https://www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/buendnis-fuer-das-wohnen-neu-aufsetzen/>

Geschosswohnungsbau auf dem Schröder-Stiftsgelände an der Straße Kiwitteemoor eine Wiese in Itzstedt, Kreis Segeberg in Schleswig-Holstein aufgeforstet werden?

Wenn überhaupt Wohnungsneubau, dann identitätsstiftend und mit zugehöriger sozialer Infrastruktur und Freiflächen!

In der Februarausgabe 2019 der Langenhorner Rundschau, kurz vor den Hamburger Bezirksversammlungen vom Mai 2019 und mit einem Jahr Vorlauf zur Bürgerschaftswahl vom Februar 2020, hatte der Langenhorner Bürger- und Heimatverein die Hauptergebnisse seiner im Vorjahr abgehaltenen fünf öffentlichen Zukunftskonferenzen zu seinem „Konzept 2050“ vorgestellt. In denen hatten die Langenhorner selbst erörtert, wie sich ihr Stadtteil langfristig entwickeln sollte. Grundverständnis war dabei, dass eine Stadt mit begrenztem Raum nicht unbegrenzt wachsen kann. Nötig sei ein gesteuertes, intelligentes Qualitätswachstum – nicht viel,



Die Karte zeigt das gleiche Gebiet wie die Karte links. Mit rot eingezeichnet ist die so genannte „Gebietsabgrenzung Rahmenplanung“ – also das gesamte Gebiet, welches in die Planungen einbezogen ist. Quelle: Präsentation des Bezirksamtes; ohne Autor und Absender.

sondern gut. Gleichwohl würde Hamburg und somit auch Langenhorn Wachstum aufweisen. Das würde wiederum eine wachsende Infrastruktur bedingen: Straßen, Schulen, Kitas, Arztpraxen, Plätze und Grünflächen mit Aufenthaltsqualität... Wie Langenhorn sich entwickeln sollte, stand unter drei Leitgedanken:

1. Grünes Langenhorn 2050: Erhalt und möglichst Erweiterung Langenhorns als einer Gartenstadt mit vielen Siedlungen, Naturschutzgebieten, Grünzügen, Parks und Kleingärten. Und um dies gegen andere Interessen durchzusetzen und zu sichern, die Aufstellung eines zukunftsfesten identitätsstiftenden Flächennutzungsplans für ganz Langenhorn mit allen seinen Ortsteilen. Darin enthalten ein örtlicher Grünplan mit Festschreibung der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie Ausweisung von potenziellen Ausgleichsflächen.

2. Bauen/Wohnen 2050: Schaffung von neuem Wohnraum

vorwiegend durch Verdichtung der vorhandenen Einzelhausgebiete. Dazu Anhebung der Grund- und Geschossflächenzahlen, sodass Doppelhäuser oder 2 Einzelhäuser mit zwei Vollgeschossen gebaut werden können. Auch beim Geschosswohnungsbau vorwiegend Verdichtung; Bauhöhen als „Langenhorner Höhe“ in der Regel nicht höher als 4 Geschosse (+ Staffelgeschoss).

3. Zentren 2050: Dezentrale Nahversorgung in den Quartieren für kurze Wege und Kommunikation untereinander. Viele neue Wohnungen Häuser bringen auch Kaufkraft. Deshalb bei Wohnungsneubau Einzelhandel, Ärzte und Dienstleistungen von Anfang an mitplanen – zugleich auch die Infrastruktur mit Kita, Spielplätzen, Schulen und Räumen für kulturelle Aktivitäten. Noch zu ergänzen wären (PO): soziale Beratungsangebote und öffentliche Räume im Freien, wie z.B. Gemeinschaftsgärten und „Fitnessgärten“ als Orte für nachbarschaftliche Begegnungen.

Offensichtlich sind diese Leitgedanken bei der Bezirksverwaltung bislang unbeachtet geblieben. Allerdings standen und stehen die Langenhorner mit ihren Leitgedanken keineswegs allein.

Fast zeitgleich hatte nämlich im Januar 2019 Hamburgs damalige Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz eine Fortschreibung des „Demografie-Konzepts 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger“ veröffentlicht. Im Vordergrund stand dabei die Frage, wie Hamburgs unterschiedliche Quartiere zukunftsfähig, stark und lebenswert erhalten und weiterentwickelt werden können?

Allgemein wird unter Quartier ein räumlich begrenztes Gebiet verstanden, dessen Bevölkerung – bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen – durch eine gemeinsame Identität und eine soziale Interaktion gekennzeichnet ist. Es kann einerseits als eine räumliche Einheit eines Stadtteils gesehen werden, andererseits kommt es darauf an, dass die Einwohnerinnen und Einwohner diesen Raum auch als ihr zusammengehöriges Wohngebiet wahrnehmen. Für die Quartiersgröße kann die fußläufige Erreichbarkeit zentraler Bereiche, Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen und ein damit einhergehendes Mindestmaß an Urbanität als Kriterium herangezogen werden. Das Quartier bildet den Rahmen, in dem der Lebensmittelpunkt seiner Bewohnerinnen und Bewohner liegt. Diese haben viele unterschiedliche, aber auch gemeinsame Bedarfe und Präferenzen, z.B. in Bezug auf Kommunikation, Nahversorgung, Erholung oder Mobilität. (BSG 2019)

Auch für den Bezirklichen Senioren-Beirat (BSB) in Hamburg-Nord ist der Aufbau von Quartierszentren ein Top-Thema: Im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist verankert, dass bei der Entwicklung neuer Quartiere und der Weiterentwicklung bestehender Quartiere sogenannte Quartierszentren als neue, attraktive Orte der Begegnung systematisch mit geplant werden sollen. Neben persönlicher Versorgungssicherheit bei benötigtem Unterstützungsbedarf fordert der Bezirkliche Senioren-Beirat „die Entwicklung von Gemeinwesenarbeit und Gesundheitsförderung sowie den Aufbau einer ... Stadtteilkulturlandschaft, vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel.“



Moderner Wohnungsbau 2020 nach Art des Bezirks Nord im Pergolenviertel. Das Bild zeigt den nördlichen Doppelhof und den südlichen Hof. Ausgezeichnet mit dem 1. Preis, Bauherr SAGA. In der Anpreisung heisst es, „die Neubauten im Pergolenviertel orientieren sich typologisch am Hamburger Reformwohnungsbau der zwanziger Jahre“. Bild © Winking · Froh Architekten

Den also nicht nur im Langenhorner Bürger- und Heimatverein getragenen Leitgedanken wird der von der Verwaltung vorgeschlagene reine Geschosswohnungsbau im Diekmoor in keiner Weise gerecht. In der Präsentation des Fachamts wird zusammen mit dem Wohnungsneubau nur die allernötigste Infrastruktur in einer Zeile erwähnt: Nahversorgung, soziale Infrastruktur (z.B. Schulflächen). Dabei existiert unmittelbar anschließend an die vorgeschlagene „Suchfläche“ für den Geschosswohnungsneubau im Diekmoor entlang der Straße Diekmoorweg und daran anschließend ein teils neu errichteter, teils älterer Geschosswohnungsbestand von ca. 800 Wohnungen. Alle diese wurden errichtet ohne die geringste Berücksichtigung des evidenten Bedarfs an sozialer Infrastruktur, angefangen mit der dort nicht vorhandenen Nahversorgung. Insofern steht zu befürchten, dass sich dies mit der Diekmoorbebauung schlichtweg fortsetzen wird.

Wohnungsneubau auf der grünen Wiese für wen?

Infolge der Flüchtlingsaufnahme hatte sich in Hamburg besonders seit 2015 das jährliche Bevölkerungswachstum und damit der Wohnraumbedarf stark erhöht. So hatte die Stadt Hamburg in den Jahren 2015, 2016 und 2017 Bevölkerungszunahmen (einschließlich eines Geburtenüberschusses) von 22.200, 24.400 und 21.500 verzeichnet, im Höchststand entsprechend einer jährlichen Zunahme um 1,4 Prozent. Bis zum Jahr 2019, hatte sich die jährliche Zunahme auf 10.300 mehr als halbiert, darin enthalten ein (Zu-)Wanderungssaldo von 6.900, und dieser fast vollständig aus dem Ausland. In 2019 verzeichnete der Bezirk Hamburg-Nord einen (Zu-)Wanderungssaldo von nur 507 Personen; jedoch „ging“ mit 526 Personen dieser gesamte bezirkliche (Zu-)Wanderungssaldo und mehr in den Stadtteil Langenhorn. Gleichzeitig verzeichneten Barmbek-Nord mit 129 Personen und Winterhude mit

597 Personen negative Wanderungssalden. Und der Bezirk Hamburg-Mitte insgesamt verzeichnete mit 1.271 Personen einen negativen Wanderungssaldo, der sich aus negative Wanderungssalden in fast allen Stadtteilen des Bezirks zusammensetzte.⁴ Bezirkliche Wohnungsmarktanalysen für alle sieben Hamburger Bezirke werden seit 2013 in größeren Abständen erstellt. Die für Hamburg-Nord mit Daten bis 2017 wurde 2020 veröffentlicht.⁵ Die dort enthaltenen Analysen ermöglichen den Schluss, dass innerhalb Hamburgs von Stadtteil zu Stadtteil und von Bezirk zu Bezirk unterschiedliche Wanderungssalden eben auch aus Unterschiede im Wohnungsneubau resultieren. **Dass in Langenhorn im Landschaftsschutzgebiet Diekmoor gebaut werden muss, um Menschen aus anderen Stadtteilen Hamburgs oder aus dem Ausland die ihnen sonst fehlenden Wohnungen anzubieten, lässt sich aus den erhältlichen Zahlen jedenfalls nicht ableiten.**

Bürgerbeteiligung am besten gar nicht – oder allenfalls nur begleitend und intransparent konstituiert

Wie Bezirksamtsleiter Michael Werner-Boelz durch Erbiten einer Weisung des Senats ein wahrscheinliches bezirkliches Bürgerbegehren gegen die Diekmoor-Bebauung geschickt aushebelte, wurde in der April-Ausgabe der Langenhorner Rundschau bereits vom Vorstand des Langenhorner Bürger- und Heimatvereins kommentiert und war auch durch die Hamburger Medienlandschaft gegangen. Dabei soll es aber nicht bleiben. Denn auch für die demnächst vorgesehene Ausschreibung für die Grundlagenermittlung für die Rahmenplanung sind inputs der Langenhorner:innen nicht erwünscht und vom Bezirksamt nicht vorgesehen. So wird sich also kein Langenhorner und keine Langenhornerin vor der Ausschreibung vergewissern können, dass Fragestellungen, die ihm oder ihr besonders relevant erscheinen in die Grundlagenermittlung für das Planverfahren mit einbezogen werden!

Dann die bereits angekündigte Entscheidung, die nur „begleitende“ Bürgerbeteiligung durch eine nach Losverfahren oder Zufallsauswahl aus dem Einwohnermelderegister eingeladene Gruppe von Bürgern stattfinden zu lassen. Dieses Verfahren wurde Anfang der siebziger Jahre vom Wuppertaler Soziologen Peter Dienel entwickelt, ganz aus dem Geist der Zeit heraus, der an die Schaffung von Konsens durch Kommunikation glaubte. Zur Recht ist es fast überall in der Versenkung verschwunden - 25 Jahre Internet haben das ihrige dazu beigetragen. Allerdings tauchen neuerdings ausgerechnet grüne Bürgermeister o.ä. auf und versuchen, die unterkomplexe und vielfach nachweislich gescheiterte Idee neu zu beleben. Und das ausgerechnet in Langenhorn...

4. <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/regionalstatistik-datenbanken-und-karten/hamburger-stadtteil-profile-staedtestatistik-fuer-hamburg>

Die Bürgerinitiative „Rettet das Diekmoor“ informiert

Langenhorn ist bekanntermaßen ein „Dorf“, und da spricht sich vieles „rum“. Die geplante Bebauung des Diekmoors mit 700 Wohnungen für ca. 2.500 Menschen mitten im Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiet hat zu einer Online-Petition und zur Gründung der Bürgerinitiative „Rettet das Diekmoor“ geführt.

In Zeiten des Klimawandels sieht eine nachhaltige Stadtentwicklung mit Verantwortung für die Gesundheit der Hamburger/-innen und der Schutz von Natur und Umwelt anders aus. Es gilt seitens der Politik, über den Tellerrand und über eine Wahlperiode hinaus zu schauen und die Zukunft nachfolgender Generationen im Blick zu haben. Denn vernichtete Natur lässt sich nicht einfach reparieren, wenn man Jahre später einst begangene Fehler resümiert.

Geplante Baumaßnahmen sollten niemals als alternativlos deklariert werden. An erster Stelle muss immer die Frage nach dem „ob“ stehen, und nicht nach dem „wie“, auch wenn dies von Seiten des Bezirksamtsleiters Michael Werner-Boelz anders propagiert wird. Übrigens ohne jeglichen Dialog mit den betroffenen Bürger/-innen zu führen oder die noch ausstehenden – hoffentlich von der Stadt unabhängigen – Gutachten im Hinblick auf Notwendigkeit und Umweltverträglichkeit abzuwarten.

Da es in diesen essentiellen Punkten grundsätzlich an politischer Einsicht fehlt, ging man seitens des Bezirksamtes Nord gleich noch einen Schritt weiter, bat um eine Weisung durch den Hamburger Senat und hebelte bereits im Vorfeld eine aktive Bürgerbeteiligung durch ein von den Nationalsozialisten geschaffenes Gesetz aus – der Evokation. Eigentlich ist dies ein undenkbarer Vorgang für eine demokratisch gewählte Partei, die sicherlich nicht in einem Atemzug mit der NSDAP genannt werden möchte. Ein

Vorgang, der bis zu den nächsten Hamburger Wahlen sicherlich nicht vergessen sein wird, denn wie heißt es so schön: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Hinzu kommt nun auch noch: „Grün wählen heißt nicht zwangsläufig Grün bekommen“.

Wir lernen täglich hinzu. Wir als Bürgerinitiative haben bereits viel Arbeit hinter und noch mehr vor uns, aber wir sind bei zahlreichen Meetings, Chats und Telefonaten als buntes, kreatives Team zusammengewachsen und mittlerweile auf unterschiedlichsten „Kanälen“ präsent, wie z. B. unserer Website, Twitter, Facebook, Instagram, YouTube, Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen.

Begleitet wird all dies durch gezielte Aktionen wie z. B. Unterschriftensammlungen, Plakataktionen, Flyer, Newsletter und Flugblätter. Wer mit uns gemeinsam „Flagge“ zeigen möchte, hat die Möglichkeit, entsprechende Banner und Shirts über unsere Website zu erwerben, Unterschriften für die Petition zu sammeln und/ oder uns einfach zu fragen, wo wir Unterstützung benötigen.

Spenden sind natürlich auch sehr willkommen, denn wir haben sicherlich keinen kurzen Sprint vor uns, sondern eher einen Marathon, um die Erbauung eines zweiten Pergolenviertels mitten im Herzen dieses „Dorfes“ zu verhindern und Hamburgs Grün zu erhalten.

Wie geht es bei uns weiter? Besucht unsere Website www.rettet-das-diekmoor.de, nehmt über die Mailadresse

mitmachen@rettet-das-diekmoor.de

mit uns Kontakt auf, abonniert unseren Newsletter, kommt bei Spaziergängen mit uns ins Gespräch, verfolgt uns auf allen Kanälen. Seid als Unterstützer/-innen aktiv dabei, lest Nachrichten, schaut fern und bleibt an uns dran, oder geht einfach in Langenhorn über den Wochenmarkt. Wie eingangs erwähnt: Langenhorn ist ein „Dorf“ und da spricht sich vieles „rum“!

Lore Heering



Foto: Martin B. Münch/Langenhorner Rundschau

